

Staat mit Stärke – für mehr Sicherheit und geordnete Migration

Wir stehen für einen starken Staat. Lebensqualität und Wohlstand, Freiheit und ein friedliches Zusammenleben sind nur möglich mit einem starken Staat, der Sicherheit gewährleistet und Vertrauen schafft. Unser Rechtsstaat ist eine der größten Errungenschaften in der Geschichte unseres Landes, die wir entschlossen gegen seine Feinde verteidigen werden. Gegen die Extremisten von links und von rechts, gegen Islamisten und Terroristen, gegen Straftäter und die organisierte Kriminalität.

In vorderster Linie stehen dabei unsere Sicherheitsbehörden, unsere Polizisten, Zollbeamten, Staatsanwälte und Richter. Sie bilden eine Säule unseres Staates. Sie repräsentieren unseren Rechtsstaat. Deshalb gilt: Wer einen Polizisten oder Rettungskräfte angreift, greift uns alle an. Wer das Vertrauen in unsere Justiz schwächt, schwächt das Vertrauen in unseren Staat. Unsere Sicherheitsbehörden verdienen unser Vertrauen und keinen Generalverdacht. Ihnen wollen wir die richtigen Werkzeuge an die Hand geben, damit sie unser Land unter sich ändernden Bedingungen für unsere Bürger sicher, friedlich und frei erhalten können. Wir wollen einen Staat mit Stärke – einer Stärke, die Bürger schützt und nicht bevormundet, die Kriminalität bekämpft und Bürgerrechte stärkt, die Unrecht verfolgt und Recht durchsetzt.

Der starke Staat ist auch besonders herausgefordert im richtigen Umgang mit der Migration. Sie zu ordnen, zu steuern und zu begrenzen ist eine zentrale Herausforderung in der Gegenwart einer globalisierten Welt. Um diese Herausforderung zu bewältigen, machen wir bei der Migration eine klare Unterscheidung: Wer schutzbedürftig ist, dem gewähren wir Asyl. Wen wir als Fachkraft brauchen, der darf bei uns arbeiten. Wer sein Gastrecht missbraucht oder gezielt in unsere Sozialsysteme einwandern will, der muss wieder gehen. Wer ausreisepflichtig ist, muss grundsätzlich ausreisen. Das ist die Grundvoraussetzung für einen humanitären Umgang mit den wirklich Schutzbedürftigen und für die kulturelle Stabilität unseres Landes. Nur wer den Mut zur Unterscheidung von Migrationsmotiven hat, hat auch die Kraft zur Integration. Nur wer klare Kante zeigt gegen die, die unseren Schutz missbrauchen, kann denen Hilfe leisten, die unsere Hilfe benötigen. Nur ein starker Staat kann die wirklich Schwachen schützen. Diesen starken Staat zu gestalten – dafür stehen wir als CSU im Bundestag.

- **Wir wollen ein europaweites Überwachungssystem für Gefährder.** Die Anschläge der Vergangenheit zeigen: Terroristen sind europaweit vernetzt – deshalb muss auch ihre Bekämpfung europaweit erfolgen. Dafür brauchen wir eine umfassende europäische Antiterrordatei und ein effektives Frühwarnsystem. Wir brauchen einen europaweit einheitlichen Gefährderbegriff, eine gemeinsame Gefährderbewertung und müssen nationale Gefährderlisten automatisch zusammenführen, ohne dass eine konkrete Abfrage des jeweiligen Täters erfolgen muss. Europäische Sicherheitsbehörden müssen besser ausgestattet und deutlich besser vernetzt werden, so dass die ersten Anzeichen einer Radikalisierung allen beteiligten Behörden sofort bekannt sind.

- **Wir wollen die Verhängung von Kettenbewahrungen beenden.** Eine Bewährungsstrafe ist eine einmalige Chance für reuige Straftäter, kein Abonnement für Gesetzesbrecher. Es kann nicht sein, dass sich bei Wiederholungstätern eine Bewährungsstrafe an die andere reiht. Das gilt auch europaweit. Der Täter von Straßburg war bereits 27 Mal wegen Gewalttaten, Einbruchs und Diebstahls zu Geld- und Haftstrafen in Frankreich, Deutschland und der Schweiz verurteilt worden. Deutsche Gerichte müssen Strafurteile anderer mitgliedstaatlicher Gerichte bei der Verhängung von Freiheitsstrafen stärker berücksichtigen. Dafür brauchen wir eine Klarstellung im Strafgesetzbuch, dass Kettenbewährungsstrafen regelmäßig unzulässig sind – sowohl bei deutschen als auch bei Bewährungsstrafen aus anderen EU-Ländern. Wir fordern deshalb die Einführung eines Europäischen Zentralregisters nach dem Vorbild des deutschen Bundeszentralregisters.
- **Wir wollen DNA-Analyse und Fingerabdruck rechtlich gleichstellen.** Die DNA-Analyse ist eines der wirkungsvollsten Ermittlungswerkzeuge in der Polizeiarbeit. Dieses Instrument wollen wir stärken. Schon beim Verdacht einer Straftat und der Gefahr einer Wiederholungstat sollen unabhängig von der Schwere des Tatvorwurfs vom Beschuldigten DNA-Proben abgenommen und in der DNA-Analyse-Datei gespeichert werden können. Der Richtervorbehalt für die Abnahme der Proben soll eingeschränkt werden. Die DNA-Analyse-Datei wollen wir so auf eine breitere Grundlage stellen und die Wahrscheinlichkeit, bei Abfragen einen Treffer zu landen, deutlich erhöhen.
- **Wir bauen den Kampf gegen die Organisierte Kriminalität (OK) aus und wollen sie bei den Finanzen treffen.** Die bereits auf den Weg gebrachten Maßnahmen wie das Gesetz zur strafrechtlichen Vermögensabschöpfung, die Reform der polizeilichen Informationssysteme (Polizei 2020) oder die personellen Aufstockungen beim BKA wollen wir weiterentwickeln. Die Financial Intelligence Unit (FIU) beim Zoll muss zur leistungsfähigen Zentralstelle im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung werden. Die Aufgaben der Finanzkontrolle Schwarzarbeit sollten auf den Bereich Menschenhandel erweitert werden. Wir prüfen ein Evokationsrecht für den Generalbundesanwalt im Bereich Organisierte Kriminalität und mehr Ermittler, um den GBA als staatsanwaltliche Zentralstelle im Kampf gegen das organisierte Verbrechen zu etablieren. Die Wirksamkeit des Gesetzes zur Vermögensabschöpfung wollen wir evaluieren und die Strafbarkeit der Geldwäsche durch die Aufhebung des Vortatenkatalogs mit einem "all crime Ansatz" effektiver gestalten.
- **Wir verstärken den Kampf gegen Cyber-Kriminalität.** Wir setzen uns auf Bundesebene und auf europäischer Ebene dafür ein, dass Internet-Provider gesetzlich verpflichtet werden, Verdachtsfälle von schwerer Kriminalität und Terrorismusaktivitäten an eine zentrale Meldebehörde, wie dem Bundeskriminalamt, zu übermitteln. Außerdem sagen wir dem illegalen Handel im Darknet den Kampf an und wollen dafür sorgen, dass auch diese Plattform-Betreiber konsequent für die Straftaten zur Verantwortung gezogen werden, die auf ihren Seiten begangen werden.
- **Wir wollen Fachkräftezuwanderung in den Arbeitsmarkt, nicht aufs Arbeitsamt.** Der Fachkräftemangel ist eine Wachstumsbremse für unser Land – deshalb bekämpfen wir ihn. Wenn dabei der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften aus deutschen und europäischen Potenzialen allein nicht gedeckt werden kann, dann kann an eine

Anwerbung außereuropäischer Fachkräfte gedacht werden. Dafür verabschieden wir ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Wir wollen sicherstellen, dass wir eine Zuwanderung in den Arbeitsmarkt bekommen und nicht aufs Arbeitsamt. Dazu gehört, dass wir die Zuwanderung auf Personen unter 45 Jahren beschränken, die eine realistische Chance haben, sich eine Altersversorgung über dem Niveau der Grundsicherung zu erarbeiten. Dazu gehört außerdem, dass wir zusätzliche Sicherungsmechanismen in das Gesetz einbauen, mit denen wir ausschließen, dass Aufenthaltserlaubnisse auf der Basis bloßer Absichtserklärungen erteilt werden. Eine Vermischung von Erwerbsmigration und Asyl lehnen wir ab. Deshalb wollen wir gesetzlich festschreiben, dass bei allen, die zum Arbeiten/zur Ausbildung oder zur Arbeitsplatz-/Ausbildungsplatzsuche einwandern, jeder später gestellte Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt wird. Den verlässlichen Status für Geduldete, die eine Arbeit haben, werden wir gesondert und nicht im Fachkräfteeinwanderungsgesetz regeln. Unsere Erwartung ist darüber hinaus, dass wir parallel zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz auch das im Koalitionsvertrag angelegte Gesetz zur Verbesserung der Durchsetzung der Ausreisepflicht auf den Weg bringen. Aus der Kombination der Gesetze ergibt sich ein klarer Kurs mit der Maßgabe: Wir holen diejenigen, die wir brauchen – und wir weisen die aus, die unser Gastrecht missbrauchen.

- **Wir wollen mehr und konsequenter abschieben.** Bei abgelehnten Asylbewerbern müssen wir stärker zwischen denen unterscheiden, die aus vertretbaren Gründen nicht ausreisen können, und denen, die schlicht nicht ausreisen wollen. Wer sich der Abschiebung entzieht, beispielsweise indem er seine wahre Identität verschleiert, muss mit Sanktionen rechnen. Für kriminelle Flüchtlinge muss gelten: Wer unser Gastrecht missbraucht, muss gehen. Deshalb wollen wir Straftäter auch während, spätestens jedoch unmittelbar nach ihrer Haftzeit konsequent abschieben, nach dem klaren Grundsatz: Vom Gefängnis direkt zum Abfluggate. Um konsequent abzuschrecken und Straftäter leichter ausweisen und abschieben zu können, fordern wir, dass bereits bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten den Entzug des Schutzstatus möglich wird und ein besonders schweres Ausweisungsinteresse begründet ist. Wo das nicht möglich ist, wollen wir Gewalttäter zum Schutz der Bevölkerung unter maximale Kontrolle stellen – mit eingeschränkter Bewegungsfreiheit durch eine Residenzpflicht, Meldepflichten und elektronische Fußfesseln. Außerdem wollen wir, dass die Gerichte verstärkt die Haftverbüßung im Herkunftsland anordnen, um Straftäter schnellstmöglich außer Landes zu bringen. Zur effektiven Bekämpfung des unerlaubten Aufenthalts wollen wir eine parallele Zuständigkeit der Bundespolizei im 30-Kilometer-Grenzraum, in Bahnhöfen sowie auf den Flug- und in den Seehäfen schaffen.
- **Wir wollen eine zentrale Prüfstelle für Ausweisdokumente.** Die Überprüfung von ausländischen Dokumenten ist eine der Hauptherausforderungen bei der Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Migration. Um die wirklich Schutzbedürftigen identifizieren zu können, müssen wir die Echtheit von ausländischen Dokumenten zügig und zuverlässig feststellen können. Dafür wollen wir die vorhandenen Kompetenzen beim BAMF bündeln und eine zentrale Prüfstelle „Identität“ einrichten, die vorgelegte Pässe und andere Dokumente überprüft, auf Fälschungen kontrolliert und somit hilft, Identitäten zweifelsfrei zu klären. Diese Prüfstelle muss mit ausreichend Personal ausgestattet werden.

- **Wir wollen keinen deutschen Pass für Betrüger und Kriminelle.** Wer die deutsche Staatsbürgerschaft annimmt, muss auch unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung annehmen, unsere Gesetze achten und unsere Leitkultur verinnerlichen. Für Terroristen ist kein Platz in unserem Land. Deshalb wollen wir deutschen Doppelstaatlern, die für Terrormilizen gekämpft haben, die deutsche Staatsbürgerschaft entziehen. Außerdem gehen wir mit maximaler Konsequenz gegen Einbürgerungs-Betrüger vor und werden die Rücknahmefrist für erschlichene Einbürgerungen von fünf auf zehn Jahre erhöhen. Darüber hinaus wollen wir klar festschreiben, dass der sichere Nachweis von Identität und Staatsangehörigkeit zwingende Einbürgerungsvoraussetzungen und dass Viel- und Mehrehen mit einer deutschen Staatsbürgerschaft unvereinbar sind.
- **Wir wollen die Reaktionsfähigkeit des staatlichen Gefahrenabwehrsystems im Zivil- und Katastrophenschutz entscheidend stärken.** Unsere öffentliche Sicherheit wird in zunehmendem Maße auch durch Naturkatastrophen und durch Bedrohungen gegen kritische Infrastrukturen (wie zum Beispiel durch länger andauernde Stromausfälle oder Angriffe auf IT-Systeme) herausgefordert. Hierauf wollen durch einen verstärkten Schutz der kritischen Infrastrukturen des Bundes sowie durch eine Stärkung des staatlichen Gefahrenabwehrsystems im Zivil- und Katastrophenschutz zeitgemäße Antworten geben. Wir wollen die Materialreserven zur Bewältigung größerer Schadenslagen von länderübergreifender Bedeutung in enger Anbindung an die Hilfsorganisationen entscheidend verstärken und noch stärker auf aktuelle Bedrohungsformen auslegen. Für eine vernetzte Gefahrenabwehrplanung, insbesondere zur Vorbereitung und Bewältigung von Naturkatastrophen, aber auch zum Schutz und zur Aufrechterhaltung kritischer Infrastrukturen wollen wir gemeinsame und interdisziplinäre Strukturen von Bund, Ländern und Hilfsorganisationen schaffen. Wir wollen außerdem geeignete Maßnahmen prüfen und umsetzen, um Einsatzkräfte besser vor Übergriffen zu schützen.